

**Geschäftsstelle**

<p><b>Kommission</b> <b>Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe</b> <b>K-Drs. /AG4-26</b></p>
---

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe  
Grundlagen und Leitbild

---

**Beratungsunterlage zu TOP 3**  
**der 10. Sitzung am 18. April 2016**

Leitbild B: Kapitel 3.8 (Empfehlungen an die Politik)

---

## 3.8 Empfehlungen an die Politik

### 3.8.1 Der Umgang mit der Veränderung der Zeitstrukturen

Immanuel Kant entwickelte 1770 in seiner Dissertation „Kritik der reinen Vernunft“ seine erkenntnistheoretischen Grundgedanken menschlicher Urteilskraft<sup>1</sup>. Für ihn ist ein ausreichendes Maß an Zeit eine Bedingung jeglicher Vernunft. Entwicklungstendenzen zu deuten, das Geschehen und seine Abläufe einzuordnen und Verantwortung zu entwickeln, das alles braucht Zeit. Ohne ausreichende Zeit sind Reflexion und Antizipation nicht möglich.

Von daher ist die Veränderung der Zeitstrukturen eine der großen Herausforderungen in der modernen Gesellschaft- Das muss vor dem Hintergrund der weitreichenden Fernwirkungen moderner Technologien und der Beschleunigung aller Abläufe in der digitalisierten Welt gesehen werden. Der Sozialwissenschaftler Hartmut Rosa hat die zunächst befreiende und die Menschen befähigende Wirkung der modernen Beschleunigungsdynamik beschrieben, die heute in ihr Gegenteil umzuschlagen droht<sup>2</sup>.

Vermeintliche Zeitgewinne können zu Lasten der Natur und der Lebensbedingungen künftiger Generationen gehen, wenn sich Ungeduld, Kurzfristigkeit und die dominierende Ausrichtung auf die Gegenwart verheerend auf die Zukunft auswirken<sup>3</sup>. „Der Mensch ist weder ein Irrtum der Natur, noch sorgt diese automatisch und selbstverständlich für seine Erhaltung. Der Mensch ist Teilnehmer an einem großen Spiel, dessen Ausgang für ihn offen ist. Er muss seine Fähigkeiten voll entfalten, um sich zu behaupten und nicht Spielball des Zufalls zu werden“<sup>4</sup>. Das dies nicht nur für die Gegenwart gilt, sondern für die Permanenz eines humanen Lebens ist der Kern des Prinzips Verantwortung.

Seit einigen Jahren findet deshalb eine Debatte über die Diskrepanz zwischen den Natur- und Kulturrhythmen durch deren mangelnder Berücksichtigung im Großprojekt des Fortschritts statt. Es hat in seiner bisherigen Form „die durch Rhythmen gesteuerten zeitlichen Ordnungen des Lebendigen in die Defensive gedrängt. Technik und Ökonomie – und deren Dominanz – haben in unserer Industriegesellschaft den Takt ... an die Stelle der rhythmischen Gliederung

<sup>1</sup> Kant, Immanuel (1781): Kritik der reinen Vernunft“. Riga

<sup>2</sup> Hartmut Rosa (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt am Main

<sup>3</sup> Jürgen Rinderspacher (1996): Zeitinvestitionen in die Umwelt. In: Jürgen Rinderspacher (Hrsg.). Zeit für die Umwelt. Berlin, S. 83

<sup>4</sup> Manfred Eigen/Ruthild Winkler (1976): Ludus vitalis. Zürich, S. 14

des Werdens und Vergehens, das Aktivität und Ruhe, des Schlafens und Wachens, des Auf- und des Abbaus gesetzt“<sup>5</sup>.

Für den Sozialphilosophen Norbert Elias geht es um die soziale Tätigkeit des Zeitbestimmens. Der Umgang mit Zeit ist danach der Ausdruck einer menschlichen Syntheseleistung: „Zeit, so könnte man sagen, ist ein Symbol für eine Beziehung, die eine Menschengruppe, also eine Gruppe von Lebewesen mit der biologisch gegebenen Fähigkeit zur Erinnerung und zur Synthese, zwischen zwei oder mehreren Geschehensabläufen herstellt, von denen sie einen als Bezugsrahmen oder Maßstab für den oder die anderen standardisiert“.

Das Umschalten auf „Zeitwohlstand“ oder - wie es bei dem Sozialethiker Jürgen Rinderspacher heißt - auf „Zeitinvestitionen“ ist eine entscheidende Voraussetzung für eine intergenerative Gerechtigkeit, auch weil das die Möglichkeiten einer reflexiven Modernisierung verbessert. Das schließt an die Idee des qualitativen Wachstums oder eines „Wohlstands durch Vermeiden“<sup>6</sup> an. Auch die Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“ fordert die Begrenzung auf das Maß, „dass die Erde als ganze verkraften kann“<sup>7</sup>.

Der Umgang mit Zeit ist ein zentraler Koordinator für das soziale Zusammenleben, für unser Verhältnis zur Natur und für künftige Lebensbedingungen. Das ist die Grundidee der Nachhaltigkeit, die einen sehr viel höheren Stellenwert bekommen muss. Nachhaltigkeit ist im Kern Zeitpolitik.

### 3.8.2 Nachhaltigkeitsausschuss im Bundestag

„Wir leben in einer Zeit, in der wir immer kurzfristiger handeln, immer schneller entscheiden. Wir leben unter dem Diktat der Kurzfristigkeit ... Massiv werden Kosten aller Art unseres heutigen Wohlstands auf die Zukunft verschoben“, so beschrieb der frühere UNEP-Generalsekretär Klaus Töpfer die Erkenntnis, dass die Folgen menschlichen Handelns zu wenig Berücksichtigung finden<sup>8</sup>.

<sup>5</sup> Held, Martin/Karlheinz Geißler (1995): Editorial. In: Martin Held/Karlheinz Geißler Von Rhythmen und Eigenzeiten. Stuttgart, S. 7/8

<sup>6</sup> z. B. Erhard Eppler (1975): Ende oder Wende. Stuttgart oder Michael Müller/Peter Hennicke (1994): Wohlstand durch Vermeiden. Darmstadt

<sup>7</sup> BUND/Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Basel, S. 206 ff

<sup>8</sup> Töpfer, Klaus (2013): Interview in: Lutz Engelke/Günther Bachmann (Hrsg.). future lab germany. Hamburg

1 An die Politik lautet der Grundvorwurf, so Klaus Töpfer, „dass sie eigentlich sich selbst dem  
2 Diktat der Kurzfristigkeit untergeordnet hat. Es ist besorgniserregend zu verfolgen, ... dass  
3 Politiker in Parlamenten sich mit der Alternativlosigkeit mit Sachzwängen abgeben müssen“.

4  
5 Dagegen steht die Leitidee der Nachhaltigkeit. Das von ihr verfolgte Ziel, die Bedürfnisse der  
6 Menschen in der Gegenwart so zu befriedigen, dass künftige Generationen das auch noch  
7 angemessen können, erfordert entsprechende Institutionen, Regeln und Rechtssysteme.  
8 Nachhaltigkeit erfordert starke Institutionen, die in der Lage sind, systematisch die Folgen  
9 wichtiger Entscheidungen und Gesetze zu bewerten und politische Entscheidungen sowie  
10 wirtschaftliche und technische Innovationskraft in eine Richtung zu lenken, die sie mit  
11 ökonomischen Innovationen, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit  
12 verbinden.

13  
14 Dafür schlägt die Kommission vor, Nachhaltigkeit stärker als bisher beim Gesetzgeber zu  
15 verankern. Ein wichtiger Beitrag wäre es, den parlamentarischen Beirat im Deutschen  
16 Bundestag zu stärken und zu einem Ausschuss mit weitgehenden Rechten zu machen.

17  
18 Die Kommission empfiehlt, einen Ausschuss für Nachhaltigkeit im Deutschen Bundestag  
19 einzurichten. Ein Ausschuss, der eine herausgehobene Rolle bekommt, braucht mehr als nur  
20 ein Initiativrecht in Nachhaltigkeitsfragen. Er muss das Recht haben wirksam zu prüfen, ob  
21 Beschluss- und Gesetzesvorlagen den Kriterien der Nachhaltigkeit gerecht werden.

22  
23 Der Ausschuss für Nachhaltigkeit soll die Gewaltenteilung nicht verändern, sondern die Politik  
24 stärken. Nachhaltigkeit wird dann zum Gegengewicht gegen die Folgenlosigkeit längerfristiger  
25 Erkenntnisse. Sie durchbricht eine falsche Routine der Kurzfristigkeit, stärkt die Demokratie  
26 und überwindet den Widerspruch zwischen Wissen / Unwissen und Handeln.

### 27 28 29 **3.8.3 Ganzheitlicher Fortschrittsindikator**

30  
31 Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität  
32 hatte den Auftrag „zu prüfen, wie die Einflussfaktoren von Lebensqualität und  
33 gesellschaftlichem Fortschritt angemessen berücksichtigt und zu einem gemeinsamen Indikator

zusammengeführt werden können“<sup>9</sup>, um „eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien zu schaffen“. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Rolle als Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator nicht gerecht werden kann.

Die Enquete-Kommission hat sich einmütig darauf verständigt, einen Wohlfahrts-Indikatorensatz zu erarbeiten. Sie hat mehrheitlich einen Vorschlag gemacht, der gesetzlich verankert werden soll. Dabei ging es ihr darum, neben dem materiellen Wohlstand wichtige soziale und ökologische Fragen miteinander zu verbinden und den Bürgerinnen und Bürgern öffentlich zu machen. Mit dem ökonomischen, sozialen und ökologischen Indikatorensatz sollen längerfristige Trends von Verbesserungen oder Verschlechterungen deutlich gemacht werden. Das hätte zur Konsequenz, dass

- Wohlstand längerfristig definiert wird;
- Zusammenhänge deutlich werden und bewertet und beachtet werden können/müssen;
- Entscheidungen nicht unter einem kurzfristigen Druck getroffen werden, sondern längerfristig eingeordnet werden.

Die Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität hat insgesamt zehn Leitindikatoren vorgeschlagen zu den drei Hauptbereichen „Materieller Wohlstand“, Soziales und Teilhabe“ und Ökologie. Die programmatische Grundlage für die Auswahl der Indikatoren ist die Nachhaltigkeit<sup>10</sup>. Ihre Anforderungen sollen innerhalb der jeweiligen Bereiche abgebildet werden.

Die Kommission bittet den Bundestag, den Vorschlag der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität aufzugreifen und möglichst zügig umzusetzen.

### **3.8.4 Mehr Beteiligung und Demokratie**

Die Kommission ist sich bewusst, dass die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfälle auf jeden Fall mit Konflikten und Auseinandersetzungen verbunden ist. Sie plädiert für eine

<sup>9</sup> Deutscher Bundestag (2011): Schlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Berlin, S. 231

<sup>10</sup> Deutscher Bundestag (2011). a.a.o., S. 236

1 nationale Entsorgungspflicht, so dass es auch kein Ausweichen vor einer Entscheidung für eine  
2 Lagerung in Deutschland gibt. Deshalb schlägt sie auch ein Nationales Begleitgremium und  
3 weitere Einrichtungen für eine bessere und transparente Bürgerbeteiligung vor.

4  
5 Eine möglichst hohe Akzeptanz der Standortentscheidung setzt voraus, dass

- 6  
7 - die Kriterien wissenschaftlich fundiert sind;  
8 - es bei der Standortauswahl ein transparentes Auswahlverfahren gibt;  
9 - Politik und Gesellschaft Zukunftsverantwortung wahrnehmen;  
10 - aus der Geschichte der Kernenergie gelernt wird;  
11 - die Bürgerinnen und Bürger prinzipiell mehr Beteiligungsrechte bekommen.

12  
13 Diese Konsequenzen gehen über die Empfehlungen für die bestmögliche Lagerung radioaktiver  
14 Abfallstoffe hinaus, sind aber unmittelbar damit verbunden. Auch bei anderen Großprojekten  
15 gab es in den letzten Jahren große Akzeptanzprobleme. Von daher empfiehlt die Kommission  
16 dem Gesetzgeber, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und ihre Rechte  
17 eindeutig zu regeln.

### 20 **3.8.5 Beratung über die Folgen von Technik**

21  
22 Der Deutsche Bundestag beschäftigt sich eigenständig, aufgrund nationaler und europäischer  
23 politischer und wissenschaftlicher Initiativen sowie durch die institutionelle Technikberatung  
24 mit den Herausforderungen technischer Entwicklungen. Von großer Bedeutung ist dabei das  
25 Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages. Das TAB ist eine  
26 selbstständige wissenschaftliche Einrichtung, die seit 1990 vom Institut für  
27 Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des Karlsruher Instituts für Technologie  
28 (KIT) betrieben wird. Hierbei kooperiert das KIT seit 2013 mit dem Helmholtz-Zentrum für  
29 Umweltforschung, dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung sowie mit der  
30 VDI/VDE Innovation + Technik. Ziel ist es, die Politik bei neuen wissenschaftlich-technischen  
31 Entwicklungen vorausschauend zu beraten und Handlungsoptionen zur Nutzung der Chancen  
32 und zur Vermeidung oder Abmilderung von Risiken aufzuzeigen. Das TAB hat bisher mehr als  
33 160 Untersuchungen durchgeführt.

1 Unmittelbarer Auftragsgeber des TAB ist der Ausschuss für Bildung, Forschung und  
2 Technikfolgenabschätzung, der über das Arbeitsprogramm des TAB zuständig ist. Er  
3 entscheidet auch über die Anforderungen anderer Fachausschüsse zur Durchführung von TA-  
4 Analysen sowie für die Kommunikation mit den Gremien und Mitgliedern des Deutschen  
5 Bundestages.

6  
7 Allerdings findet die Arbeit des TAB angesichts der Bedeutung der heutigen  
8 „Wissenschaftsgesellschaft“ noch zu wenig Beachtung in Politik und Öffentlichkeit. Die  
9 Kommission empfiehlt deshalb, das TAB finanziell und organisatorisch zu stärken, die  
10 Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern und der Technikfolgen-Abschätzung im Deutschen  
11 Bundestag und in der Politik generell eine größere Aufmerksamkeit einzuräumen.